Landeshauptstadt Magdeburg – Die Oberbürgermeisterin –		Drucksache DS0688/22	Datum 06.12.2022
Dezernat: V	Amt 51	Öffentlichkeitsstatus öffentlich	

Beratungsfolge	Sitzung Tag	Behandlung	Zuständigkeit
Die Oberbürgermeisterin	06.12.2022	nicht öffentlich	Genehmigung OB
Stadtrat	08.12.2022	öffentlich	Beschlussfassung

Beteiligungen	Beteiligung des	Ja	Nein
	RPA		X
	KFP		X
	BFP		X
	Klimarelevanz		X

Kurztitel

Genehmigung weiterer "überplanmäßiger Aufwendungen im DKHzE_515100 in 2022" im Nachgang zur DS0516/22

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen im DKHzE gemäß § 105 Abs. 1 KVG LSA im Bereich der sozialen Leistungen an natürliche Personen gemäß SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe) in Höhe von 3.000.000 EUR (Stand: 07.12.2022).

Die überplanmäßigen Aufwendungen i. H. v. 3.000.000 EUR werden durch aus FAG-Mehrerträgen im TH7 / § 7 FAG- Besondere Ergänzungszuweisungen für die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem SGB II und aus der Aufnahme von Liquiditätskrediten gedeckt.

Finanzielle Auswirkungen

Organisationseinheit		Pflichtaufgabe		ja		nein
----------------------	--	----------------	--	----	--	------

Produkt Nr.	Haushaltskonsolidierungsmaßnahme				
		ja, Nr.			nein
Maßnahmebeginn/Jahr	Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt				
	JA		NEIN		

A. Ergebnisplanung/Konsumtiver Haushalt

Budget/Deckungskreis:

I. Aufwand (inkl. Afa)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

II. Ertrag (inkl. Sopo Auflösung)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

B. Investitionsplanung

Investitionsnummer:

Investitionsgruppe:

I. Zugänge zum Anlagevermögen (Auszahlungen - gesamt)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

II. Zuwendungen Investitionen (Einzahlungen - Fördermittel und Drittmittel)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

III. Eigenanteil / Saldo					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

IV. Verpflichtungsermächtigungen (VE)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
gesamt:					
20...					
für					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

V. Erheblichkeitsgrenze (DS0178/09) Gesamtwert	
☐	bis 60 Tsd. € (Sammelposten)
☐	> 500 Tsd. € (Einzelveranschlagung)
☐	> 1,5 Mio. € (erhebliche finanzielle Bedeutung)
☐	Anlage Grundsatzbeschluss Nr.
☐	Anlage Kostenberechnung
☐	Anlage Wirtschaftlichkeitsvergleich
☐	Anlage Folgekostenberechnung

C. Anlagevermögen

Investitionsnummer:

--

Buchwert in €:

--

Datum Inbetriebnahme:

--

Anlage neu

JA

Auswirkungen auf das Anlagevermögen					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	bitte ankreuzen	
				Zugang	Abgang
20...					

federführendes(r) Amt 51	Sachbearbeiter	Unterschrift AL / FBL Herr Krüger
-----------------------------	----------------	--------------------------------------

Verantwortliche(r) Beigeordnete(r) V	Unterschrift gez. Frau Dr. Arnold
---	-----------------------------------

Termin für die Beschlusskontrolle

--

Begründung

Die Dringlichkeit der Drucksache begründet sich durch die rechtliche Verpflichtung der fristgerechten Einhaltung von Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Leistungserbringern im Bereich „Hilfen zur Erziehung“. Da es sich um Pflichtaufgaben gemäß SGB VIII handelt, gibt es sowohl für die Genehmigung von Hilfen zur Erziehung als auch für die fristgerechte Bezahlung dieser Leistungen keine Ermessensspielräume.

Die Ermittlung des voraussichtlichen Gesamtmittelbedarfes pro Jahr im Bereich „Hilfen zur Erziehung“ wird regelmäßig durch verschiedene nicht vorhersehbare und bis ins Detail nicht berechenbarer Risiken erschwert. Prognosen zum Halbjahr oder zum 31.08. eines Jahres (3. Quartalsbericht in 2022) bringen dadurch immer eine gewisse Unsicherheit mit sich. Um möglichst so genau wie möglich den tatsächlichen Mehrbedarf ermitteln zu können, ohne wesentlich darüber oder darunter zu liegen, muss für die Erstellung und Einbringung der jährlichen ÜPL-Drucksache ein möglichst später Zeitraum gewählt und ggf. zum Jahresende mit einer OB-Entscheidung nachgesteuert werden.

Für den Teildeckungskreis DKHzE_515100 Hilfen zur Erziehung (Plankostenstelle 51510000) werden im aktuellen Haushaltsjahr überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen notwendig. Der voraussichtliche Mehrbedarf wurde in der DS0516/22 zunächst mit 5.000.000 EUR prognostiziert. Basis war die Hochrechnung zum 31.08.2022. Die Drucksache wurde am 10.11.2022 beschlossen und die Umsetzung ist bereits erfolgt.

Bereits in der DS0516/22 wurde angeführt, dass aufgrund der bisherigen monatlichen Bedarfe im DKHzE_515100 i. H. v. durchschnittlich 3.600.000 EUR und dem voraus. IST 31.12.2022 i. H. v. 45.092.000 EUR eine Drucksache mit dem Wissensstand vom 31.08.2022 auf den Weg gebracht werden muss, wohlwissend, dass es bis zum 31.12.2022 erfahrungsgemäß noch weitere budgeterhöhende Ereignisse geben kann. Mit dem Stand vom 07.12.2022 wurden im DKHzE bereits 43.019.038 EUR ausgereicht und hierbei sind noch nicht alle Rechnungen bis zum Leistungsmonat November enthalten. Gemäß der LEQ-Vereinbarung erfolgt die monatliche Refinanzierung erst nach erbrachter Leistung. Aufgrund des frühen Zeitpunktes der Erstellung dieser ÜPL erschwert sich die Prognose zum voraussichtlichen IST 31.12.22 erheblich.

Die Auszahlungen an die Leistungserbringer diverser ambulanter und stationärer Hilfeleistungen erfolgen jeweils nach erbrachter Leistung im Folgemonat. Bei der Prognose zum 31.08.2022 als Basis der Drucksache wurden die Durchschnittsauszahlungen der ersten 8 Monate zugrunde gelegt. Diese Berechnungsgrundlage erweist sich aktuell nicht mehr als ausreichend.

Den letzten Auswertungen zufolge betrug von August bis Oktober mittlerweile ca. 4 Mio. EUR/Monat. Im November waren es 5 Mio. EUR/Monat. Und auch zum Stichtag 07.12.2022 ist festzustellen, dass weiterhin Rechnungen aus vorangegangenen Leistungsmonaten bis in den Oktober hinein fehlen. Die verzögerte Rechnungslegung durch die Leistungserbringer ist durch den Kostenträger oft nicht zu beeinflussen.

In den vorangegangenen Planungszeiträumen wurde u. a. in den Mehrbedarfsbegründungen immer wieder der Fokus auf die lfd. Entgeltverhandlungen gelegt. Diese Tatsache hat auch trotz der Covid-19-Pandemie weiterhin festen Bestand. Bisher konnten primär nur Aussagen über die Entgelte der freien Träger innerhalb der Landeshauptstadt Magdeburg (LH MD) getroffen werden. Das Jugendamt verhandelt in der Regel mit den jeweiligen Leistungserbringern in einem 2-Jahresrhythmus, so dass davon auszugehen ist, dass jährlich die Hälfte aller Leistungen einen erhöhten Entgeltsatz bzw. eine erhöhte Fachleistungsstunde erhält.

Die auswärtigen Entgelte für stationäre Einrichtungen liegen in der örtlichen Zuständigkeit der ansässigen Jugendämter und können von der LH MD nicht beeinflusst werden. Der vom örtlich zuständigen Jugendamt verhandelte Entgeltsatz/Fachleistungsstunde ist somit zu akzeptieren und stellt mit einem jährlichen Mehrbedarf von rund 1.500.000 EUR ein nicht beeinflussbares und nicht planbares Haushaltsrisiko da.

In der folgenden Übersicht werden die Sachkonten (SK) mit den voraussichtlichen Mehr- und teilweise Minderaufwendungen zum 31.12.2022 dargestellt.

Sachkonto	Soz. Leistungen	urspr. Planansatz 2022	vorauss. IST zum 31.12.22 in EUR	Diff. in EUR
53182500	Projekte	4.000	4.397	397
53312000	§ 27 SGB VIII	60.000	24.144	-35.856
53312005	§ 18 SGB VIII – begleiteter Umgang	10.000	41.771	31.771
53312010	§ 41 SGB VIII – amb. Hilfe junge Volljährige	275.000	493.052	218.052
53312020	§ 42 SGB VIII – amb. vorl. Inobhutnahme	123.000	196.146	73.146
53312030	§ 29 SGB VIII – Soziale Gruppenarbeit	10.000	34.845	24.845
53312040	§ 30 SGB VIII - Erziehungsbeistand	865.000	871.514	6.514
53312050	§ 31 SGB VIII - Soz. Familienhilfe	3.500.000	3.599.947	99.947
53312060	§ 33 SGB VIII - Vollzeitpflege	2.700.000	2.974.060	274.060
53312070	§ 35 SGB VIII – amb. intens. soz. Einzelbetreuung	10.000	21.650	11.650
53312080	§ 35a SGB VIII – amb. Eingliederungshilfe	2.100.000	3.652.661	1.552.661
53313000	Sonstige Soz. Leistungen	5.000	5.168	168
53322000	§ 19 SGB VIII – Wohnen Mütter/Väter u. Kind	900.000	2.092.846	1.192.846
53322010	§ 13 (3) SGB VIII – Unterkunft Jugendsozialarbeit	125.000	195.460	70.460
53322020	§ 41 SGB VIII – stat. Hilfe junge Volljährige	1.250.000	1.699.216	449.216
53322030	§ 42 SGB VIII – stat. vorl. Inobhutnahme	850.000	877.600	27.600
53322035	§ 42a SGB VIII – stat. vorl. Inobhutnahme UMA	80.000	329.550	249.550
53322040	§ 20 SGB VIII – Notbetreuung	6.000	13.869	7.869
53322050	§ 32 SGB VIII – Tagesgruppe	1.165.000	1.667.799	502.799
53322060	§ 34 SGB VIII – Heimerziehung	23.000.000	26.235.585	3.235.585
53322070	§ 35 SGB VIII – stat. intens. soz. Einzelbetreuung	50.000	6.027	-43.973
53322080	§ 35a SGB VIII – stat. Eingliederungshilfe	3.000.000	2.886.828	-113.172
Gesamtergebnis		40.088.000	47.924.136	7.836.136

Per 07.12.2022 stehen im DKHzE_515100 nur noch 2.072.961 EUR zur Verfügung.

Um der Zahlungsverpflichtungen gegenüber allen Leistungserbringern aus 2022 bis zum 2. Buchungsschluss 2022 am 20.01.2023 trotzdem nach wie vor nachkommen zu können, benötigt das Fachamt voraussichtlich weitere 3 Mio. EUR. Die Kassenwirksamkeit der Auszahlungen wird voraussichtlich überwiegend im Januar 2023 liegen.

In Absprache mit dem FB 02 werden als Deckungsquellen aus FAG-Mehrerträgen im TH7 / § 7 FAG-Besondere Ergänzungszuweisungen für die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem SGB II und aus der Aufnahme von Liquiditätskrediten vorgeschlagen.

Die Einhaltung der regulären Beratungsfolge für eine weitere ÜPL-Drucksache würde dazu führen, dass Leistungen, auf die ein Rechtsanspruch besteht, nicht aus dem Budget des Leistungsjahres 2022 ausbezahlt werden könnten.

Es müsste aus dem Budget 2023 mitfinanziert werden, wodurch von Jahresbeginn an für 2023 eine Defizitplanung entstehen würde. Dies widerspricht dem Haushaltsgrundsatz der periodengerechten Buchführung. Eine vollständige finanztechnische Darstellung aller dem Haushaltsjahr zuzurechnenden Leistungen ist eine wichtige Grundlage für das Fachamt in der Haushaltsplanung der Folgejahre eine bedarfsgerechte und transparente Mittelanmeldung einzureichen.

Informativ ist anzumerken, dass es auch im Teildeckungskreis DKHzE_515106 Erziehungsberatungsstellen (Plankostenstelle 51510600) bereits zu einer ÜPL in Höhe von 57.385 EUR mit Deckung aus Mehrerträgen im TB5151 kam. Grund waren die Mehrbedarfe der Zuschüsse an die 4 freien Träger gemäß Leistungsvereinbarungs-Drucksache für 2022, DS0113/22. Ebenfalls musste im Teildeckungskreis DKHzE_515107 Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe (Plankostenstelle 51510700) durch die zusätzliche Nutzung der Ausweich-Kita in der Gerhart-Hauptmann-Str. 46 b als neues temporäres kommunales UMA-Objekt eine ÜPL in Höhe von 16.113 EUR zur Deckung der zusätzlichen Bewirtschaftungskosten gestellt werden. Die Deckung erfolgte aus Minderaufwendungen im DKKiFöG.